

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten  
Mag<sup>a</sup> Christine Muttonen  
01/2012*



P  
A  
R  
L  
A  
M  
E  
N  
T  
S  
M  
A  
I  
L

Liebe FreundInnen!

Willkommen im neuen Jahr! Auch 2012 werde ich Euch wieder regelmäßig über die aktuellen Geschehnisse rund um meine Arbeit im Nationalrat informieren.

Am 18. und 19. Januar fanden die ersten Plenarsitzungen des neuen Jahres statt.

Themen waren unter anderem der Außenpolitische Bericht, die aktuellen Entwicklungen in der Eurozone, die Rehabilitierung der Justizopfer des Austrofaschismus und die Vereinbarung zum Nachholen von Bildungsabschlüssen.

Wie immer gilt: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine



## FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am 18. und 19. Jänner trat der Nationalrat zu Plenarsitzungen zusammen. Im Zentrum der Diskussionen standen die anstehende Budgetkonsolidierung, die Bewältigung der Schuldenkrise in Europa, der ORF und das Bildungsvolksbegehren. Beschlossen werden konnten die Rehabilitierung der Justizopfer des Austrofaschismus, eine Novelle des Chemikaliengesetzes, eine 15a-Vereinbarung zum Nachholen von Bildungsabschlüssen und die Oberstufe Neu. In einer ersten Lesung stand auch das Bildungsvolksbegehren auf der Tagesordnung.

Der Mittwoch startete mit einer **Aktuellen Stunde** zur **Budgetpolitik**. SPÖ-Klubobmann **Josef Cap** betonte die Notwendigkeit einer **sozial gerechten Konsolidierung** und forderte, **Sparen nicht zur Ideologie zu machen**. Was im Augenblick beobachtet werden kann, sind **Verteilungskämpfe**. Verteilungskämpfe auf globaler Ebene, Verteilungskämpfe jedoch auch, wenn es um die Konsolidierung der Budgets geht. Hier müssen auch die **politischen Motive hinterfragt** werden, wenn der Sozialstaat, das Gesundheits- oder Pensionssystem in Frage gestellt werden. Der SPÖ geht es um **soziale Gerechtigkeit – auch auf der Einnahmenseite**. Und es geht darum, dass auch jene zur Konsolidierung beitragen, die bisher keinen Beitrag geleistet haben und einen Anteil am Zustandekommen der Finanz- und Wirtschaftskrise haben.

Im Rahmen der **Aktuellen Europastunde** wurde die Diskussion auf europäischer Ebene fortgesetzt. **SPÖ-Europasprecherin Christine Muttonen** forderte ein **Gesamtkonzept für ein soziales und demokratisches Europa**, bestehend aus Maßnahmen zur **Haushaltskonsolidierung**, nachhaltigem **Investieren** und **Finanzmarktregulierung**. Hier solle auch angedacht werden, verbindliche **Obergrenzen für Arbeitslosigkeit** in den EU-Mitgliedstaaten zu vereinbaren. **SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter** erklärte zur aktuellen Situation der Europäischen Union, dass man jetzt entscheidende Schritte der **Neustrukturierung** und **Demokratisierung** setzen müsse, da die Verantwortung der EU in der aktuellen Krisensituation immer größer werde. Dabei muss genau darauf geachtet werden, dass die demokratischen Rechte der europäischen Bürgerinnen und Bürger gewährleistet bleiben.

In der Folge wurde die **Rehabilitierung der Justizopfer des Austrofaschismus** beschlossen – ein Meilenstein für Menschen, die für ein **freies, unabhängiges und demokratisches Österreich** gekämpft haben.

Am Nachmittag wurde im Rahmen der Behandlung eines **Dringlichen Antrags** die Situation im **Österreichischen Rundfunk** diskutiert. Als entscheidende Frage für den ORF bezeichnete **SPÖ-Klubobmann Josef Cap** die **Arbeitsbedingungen** der Beschäftigten sowie eine **gesicherte Finanzierung des Unternehmens** durch eine **jährliche Refundierung** der Gebühren. Die Quoten des ORF sind trotz zunehmender Konkurrenz hervorragend – das ORF-Radio ist klarer Marktführer und das Fernsehen auf den vorderen Plätzen. Der ORF ist die Visitenkarte Österreichs und ein Teil der kulturellen Identität des Landes.

Der Donnerstag startete mit einer **Fragestunde** an die Bundesministerin für Finanzen.

Danach wurde in einer ersten Lesung das **Bildungsvolksbegehren** diskutiert. **Bildungsministerin Claudia Schmied** betonte dabei, dass durch das Bildungsvolksbegehren viel **Dynamik in die Bildungsdebatte** gekommen ist. Eine Vielzahl an Maßnahmen für eine bessere Bildung wurde bereits umgesetzt – vom verpflichtenden Gratis-Kindergartenjahr über kleinere Klassen, individuelle Förderung, Ausweitung des Angebots an Ganztagschulplätzen, Einführung von Bildungsstandards bis hin zum Ausbau des Erfolgsmodells Neue Mittelschule. Nun geht es darum, die **Bildungsdebatte inhaltlich fundiert weiterzuführen**, den gemeinsam beschlossenen Fahrplan einzuhalten und die Bildungsreformen weiter voranzutreiben. Dafür braucht **Bildung Bundeskompetenz** in der Gesetzgebung und Vollziehung.

In der Folge konnten die **15a-Vereinbarung** mit den Ländern über die Förderung von Lehrgängen zum **Nachholen von Pflichtschulabschlüssen** und die **Modulare Oberstufe** beschlossen werden. Mit diesen Beschlüssen wurden weitere Schritte in der Bildungsreform gesetzt.

## **Die wichtigsten Beschlüsse vom Mittwoch, 18.01.2012**

### **Rehabilitierung der Justizopfer des Austrofaschismus – Aufhebungs- und Rehabilitierungsgesetz 2011 ([1644 d.B.](#))**

Einstimmig beschlossen wurde die **Rehabilitierung der Justizopfer des Austrofaschismus**. Die **historische Aufarbeitung der Zeit von 1933 bis 1938** und die Anerkennung durch die Republik für jene Menschen, die für ein **freies, unabhängiges und demokratisches Österreich** gekämpft haben, war längst überfällig. Das Aufhebungs- und Rehabilitierungsgesetz sieht die **rückwirkende Aufhebung aller Urteile** vor, die in der Zeit von 6. März 1933 bis 12. März 1938 von ordentlichen Strafgerichten sowie von Sonder- und Standgerichten verhängt wurden, wenn die der Verurteilung zugrunde liegende Tat im Kampf für ein unabhängiges und demokratisches Österreich erfolgt ist. Für die Sozialdemokratie ist neben der rückwirkenden Aufhebung von besonderer Bedeutung, dass in einem eigenen Passus das be-

gangene Unrecht festgehalten wurde. Die Beschlussfassung ist ein **historischer Meilenstein**.

## **Weitere Beschlüsse**

### **Anpassung an EU-Verordnungen – Novelle Chemikaliengesetz ([1638 d.B.](#))**

Die beiden EU-Verordnungen REACH sowie CLP regeln die Grundsätze der Nutzung von Chemikalien sowie die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen innerhalb der Europäischen Union. Bereits 2009 wurden erste, dringend erforderliche Begleitvorschriften sowie Anpassungsmaßnahmen für die REACH und CLP-Verordnung in Österreich erlassen. Mit der vorliegenden Novellierung werden nun unterschiedliche Bereiche des Chemikalienrechts in einem einzigen Bundesgesetz zusammengeführt und die Anpassung an die EU-Verordnungen vertieft.

### **Forderung nach weltweitem Atomausstieg ([1639 d.B.](#)) ([1640 d.B.](#)) ([1641 d.B.](#))**

Mehr als 30 österreichische Städte, Gemeinden und Umweltorganisationen haben Petitionen mit der Forderung nach einem weltweiten Atomausstieg eingebracht. Auf Basis der eingetroffenen Petitionen und eines Entschließungsantrages von SPÖ und ÖVP wird in den kommenden Wochen eine gemeinsame Position aller fünf Parteien verhandelt. Ein nationaler Konsens zwischen Bundesregierung, Parlament, Umweltorganisationen und engagierten Bürgerinnen und Bürgern soll die österreichische Politik bei europäischen und internationalen Verhandlungen mit dem Ziel eines weltweiten AKW-Ausstiegs stärken.

Des Weiteren wurde Abgeordnete Martina Schenk als Ersatzmitglied in die **Parlamentarische Versammlung des Europarates** gewählt und ein **Abkommen mit der Russischen Föderation** über die **wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit ([1646 d.B.](#))** verabschiedet.

## **Behandelte Berichte**

### **Außen- und Europapolitischer Bericht 2010 ([III-250/1546 d.B.](#))**

Der Außen- und Europapolitische Bericht dokumentiert das internationale Geschehen und die österreichische Außen- sowie Europapolitik im Jahr 2010. Einen Schwerpunkt stellte die Tätigkeit Österreichs im UN-Sicherheitsrat von Jänner 2009 bis Dezember 2010 dar. Im Mai 2011 wurde Österreich von der Generalversammlung der UNO mit großer Mehrheit in den UNO-Menschenrechtsrat gewählt. Traditionell sieht Österreich im Bereich der internationalen Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen einen Schwerpunkt seines internationalen Engagements. Der Außen- und Europapolitische Bericht gibt daher auch in der Ausgabe 2010 einen ausführlichen Überblick über die aktuellen Entwicklungen. Zu erwähnen ist hier u.a. die Ansiedlung des UNO-Büros für Abrüstungsfragen in Wien. Der Bericht beinhaltet weiters Darstellungen über die österreichische Entwicklungszusammenarbeit, den internationalen Schutz der Menschenrechte so-

wie die österreichischen Aktivitäten im Europarat und in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Struktur und Organisation des österreichischen Auswärtigen Dienstes sind ebenfalls dokumentiert.

## Die wichtigsten Beschlüsse vom Donnerstag, 19.01.2012

### **Bildungsvolksbegehren wird in eigenem Ausschuss behandelt [\(1627 d.B.\)](#)**

Zur Behandlung des **Bildungsvolksbegehrens** wird im Parlament ein **eigener Ausschuss** eingerichtet. Das Volksbegehren lag von 3.11. – 10.11.2011 zur Eintragung auf und wurde von **383.724 Österreicherinnen und Österreichern unterschrieben**. Das Volksbegehren „Bildungsinitiative“ fordert ein **fares, effizientes und weltoffenes Bildungssystem**, das vom Kleinkindalter an alle Begabungen fördert und Schwächen ausgleicht. Weiters werden **autonome Schulen** unter Einbeziehung der SchulpartnerInnen und ohne Parteieneinfluss, eine leistungsdifferenzierte, hochwertige **gemeinsame Schule** bis zum Ende der Schulpflicht und ein Angebot von **ganztägigen Bildungseinrichtungen**, eine **Aufwertung des LehrerInnenberufs** und die stetige Erhöhung der **staatlichen Finanzierung für Universitäten** auf 2 Prozent des BIP bis 2020 gefordert.

### **Kostenloses Nachholen von Bildungsabschlüssen [\(1627 d.B.\)](#)**

Mit dem **kostenlosen Nachholen von Basisbildung** und **Pflichtschulabschlüssen** werden **bessere Zugangschancen zum Arbeitsmarkt** für Erwachsene eröffnet, die bisher über keine ausreichenden Mindestqualifikationen verfügten. Dies ist ein epochaler Schritt. Es ist gelungen, mit den Ländern einen **Vertrag über Erwachsenenbildung** abzuschließen: Erwachsenenbildungseinrichtungen bieten die Lehrgänge an, die Kosten werden von Bund und Ländern refundiert. Es steht ein **Gesamtvolumen von 55 Millionen Euro** bis 2014 zur Verfügung.

### **Modulares Kurssystem in der Oberstufe – Oberstufe NEU [\(1628 d.B.\)](#)**

An 40 Schulstandorten wird das Modell der **modularen Oberstufe** in unterschiedlichen Varianten bereits erprobt. Es kann damit auf die **Unterschiedlichkeiten der SchülerInnen** in ihrer jeweiligen Lernsituation eingegangen werden und ihnen **konkrete Unterstützung** wie auch Maßnahmen zur **Begabtenförderung** angeboten werden. Durch Früherkennung, individuelles Nachholen, Festigen und Vertiefen bei gleichzeitigem Verbleib im Klassenverband wird die **Förderung der SchülerInnen forciert** und **individuelle Lernbegleitung** ermöglicht.



## **Weitere Beschlüsse**

### **Kreative Bildung im Rahmen ganztägiger Schulformen ([1629 d.B.](#))**

In dem Antrag wird die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur ersucht, im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu ermöglichen, dass bei ganztägigen Schulformen verstärkt Musikschulen, Musikkapellen, Chöre, Theater- und Tanzprojekte zur kreativen Bildung beigezogen werden können. Diese innovativen Projekte sollen durch entsprechende Information und Beratung unterstützt werden.

### **Musisch-kreativer Schwerpunkt in der Neuen Mittelschule ([1630 d.B.](#))**

Der Antrag ersucht die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur, bei der Übernahme der Neuen Mittelschule in das Regelschulwesen eine musisch-kreative Schwerpunktsetzung vorzusehen.

### **Anerkennung der deutschsprachigen Minderheit in Slowenien ([1620 d.B.](#))**

Der beschlossene Antrag soll die Bundesregierung in ihrem Bestreben für eine offizielle Anerkennung der deutschsprachigen Minderheit durch die Republik Slowenien unterstützen.

### **Menschenrechtswidriges Anti-Terrorgesetz in Saudi Arabien ([1621 d.B.](#))**

Der Außenminister wird mit diesem Antrag aufgefordert, von Saudi-Arabien eine Abänderung des Entwurfs eines Anti-Terror-Gesetzes zu fordern, die es in Einklang mit den Internationalen Menschenrechten und Menschenrechtsstandards bringt.

### **Blutiger Abbau von Konfliktmineralien im Kongo ([1622 d.B.](#))**

Mit diesem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, sich unilateral und zusammen mit EU-Partnern bei der Regierung der Demokratischen Republik Kongo für eine nachhaltige Demilitarisierung der Minen und Handelsketten im Ost-Kongo einzusetzen bzw. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass Konfliktmineralien zu einem Hauptthema des politischen Dialoges mit der Demokratischen Republik Kongo und der Afrikanischen Union werden.

### **Stärkung der Menschenrechte und Schutz von JournalistInnen ([1623 d.B.](#))**

Ein gemeinsamer Antrag der Regierungsparteien zielt darauf, dass sich die Bundesregierung und das Außenministerium während der dreijährigen Mitgliedschaft Österreichs im Menschenrechtsrat nachdrücklich für eine Verbesserung des Schutzes von JournalistInnen einsetzen sollen.

## **Empfehlungen des VN-Menschenrechtsrates umsetzen ([1624 d.B.](#))**

Österreich hat im Rahmen der Universellen Länderprüfung durch den VN-Menschenrechtsrat eine Reihe von Empfehlungen im Zusammenhang mit dem absoluten Folterverbot und den daraus entstehenden Verpflichtungen angenommen. Die Antragsteller gehen davon aus, dass staatliche Stellen alle Maßnahmen ergreifen, um in Zukunft solche Vorfälle zu vermeiden und fordern, die Empfehlungen sorgfältig zu prüfen und schnellstmöglich umzusetzen.

## **Folter bekämpfen und Folteropfer unterstützen ([1625 d.B.](#))**

Mit diesem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, sich im Rahmen der Vereinten Nationen des Europarats und der Europäischen Union sowie in bilateralen Gesprächen weltweit für die Bekämpfung der Folter einzusetzen, das Büro der VN-Kommissarin für Menschenrechte in seiner Arbeit weiterhin zu unterstützen, sich dafür einzusetzen, dass die EU-Mission in Drittstaaten konsequent die EU-Leitlinie betreffend Folter und andere grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung oder Strafe umsetzen und Folteropfer aktiv vor Ort unterstützen, auf andere Staaten einzuwirken, dass sie die VN-Anti-Folterkonvention und das Zusatzprotokoll zur VN-Anti-Folterkonvention ratifizieren und einen nationalen Präventionsmechanismus einrichten.

Der **behördlichen Verfolgung** des Abgeordneten zum Nationalrat **Dr. Peter Pilz** ([1651 d.B.](#)) wurde nicht stattgegeben, da ein Zusammenhang mit seiner politischen Tätigkeit besteht.

## **Behandelte Berichte**

### **Enquete "Werteeerziehung durch Religions- und Ethikunterricht in einer offenen, pluralistischen Gesellschaft" ([III-234/1470 d.B.](#))**

Am 4. Mai 2011 wurde im Nationalrat eine Enquete zum Thema „Werteeerziehung durch Religions- und Ethikunterricht in einer offenen, pluralistischen Gesellschaft“ unter Teilnahme von VertreterInnen aller gesetzlich anerkannten Religionsgemeinschaften sowie von ExpertInnen aus Wissenschaft und Praxis abgehalten. Wenn es künftig einen Ethikunterricht geben soll, ist die Frage, wie er organisiert, gestaltet und finanziert werden soll. Für die SPÖ ist wichtig, dass für den Ethikunterricht ein eigenes Lehrfach eingerichtet wird und die Lehrplanerstellung beim Unterrichtsministerium liegt.

## Kulturbericht 2010 ([III-255/1447 d.B.](#))

Die Ausgaben für den Kulturbereich beliefen sich im Jahr 2010 auf € 330,88 Mio. Das Jahr 2010 stellt ein kulturpolitisch erfolgreiches Jahr dar. Mit 1.1.2010 trat der freie Eintritt für Kinder und Jugendliche bis 19 Jahre in Kraft. Das brachte deutlich mehr Besucherinnen und Besucher aller Altersstufen in die Bundesmuseen. Gekoppelt wurde der freie Eintritt mit einer erfolgreichen Vermittlungsoffensive. Darüber hinaus wurden die rechtlichen Rahmenbedingungen der Bundesmuseen weiter optimiert. Nach Neufassung der Museumsordnungen im Jahr 2009 wurden 2010 Rahmenzielvereinbarungen mit den Bundesmuseen abgeschlossen. Für bauliche Maßnahmen konnten die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Schwerpunkte lagen auf der Generalsanierung der Kunstkammer des Kunsthistorischen Museums und der Verbesserung der Depotsituation der Österreichischen Nationalbibliothek. Auch die Bundestheater erhielten erstmals Mittel aus dem Kulturbudget zur Erhaltung der historischen Spielstätten. 2010 war auch ein Jahr der personellen Weichenstellungen: Neue Gesichter gibt es seitdem mit Christian Köberl im Naturhistorischen Museum, Karola Kraus im Museum Moderner Kunst und Dominique Meyer und Franz Welser-Möst in der Staatsoper.

## Parlamentsreden vom 18. und 19.01.2012

### Rede vom 18.01 zur Situation in der Eurozone

**Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ):** Frau Präsidentin! Herr Vizekanzler! Meine Damen und Herren! Ich begrüße es ausdrücklich, dass wir heute und hier eine ausführliche Debatte über die Zukunft Europas führen und auch darüber diskutieren, ob die EU für die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise ausreichend gerüstet ist.

Um eine solche Diskussion auch wirklich führen zu können, müssen wir uns natürlich die Frage stellen, was denn eigentlich die wahren Gründe sind, die zu dieser Finanz- und Wirtschaftskrise geführt haben, denn wenn man da nicht der Sache auf den Grund geht, dann kann man sehr schnell auch falsche Schlüsse ziehen und zu falschen Antworten kommen.

Überraschend finde ich eine Aussage in der letzten Stellungnahme von Standard & Poor's, die heute schon einmal erwähnt worden ist. Da heißt es unter anderem: *„Daher glauben wir, dass ein Reformprozess, der einseitig auf ... Sparmaßnahmen beruht, unwirksam sein könnte.“*

Dieses Statement, meine Damen und Herren, das Standard & Poor's da niedergeschrieben hat, ist deshalb überraschend, weil hier selbst eine US-Rating-Agentur zu der Einsicht kommt, dass Sparen allein offensichtlich kein Allheilmittel ist und dass



die Ursache der Krise nicht allein in den Schulden gesehen werden darf. (*Zwischenruf des Abg. Dolinschek.*)

Eine Politik, die zur Krisenbewältigung nur Sparmaßnahmen kennt, löst keine Krise, das wissen wir, sondern verschlimmert sie möglicherweise noch, es muss daher immer sozial gerecht gespart werden. Es muss gespart werden, aber sozial gerecht, und immer in Kombination mit wachstumsfördernden Maßnahmen. (*Abg. Kickl: Wie in Griechenland!*)

Neben dem Sparen ist es also genau so wichtig, auch aktive Schritte zu setzen. Wir brauchen ein Gesamtkonzept. Das heißt, Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung müssen von einer konsequenten Finanzmarktregulierung und nachhaltigen Investitionen begleitet werden. So wie wir gemeinsame Schritte für einen ausgewogenen Haushalt gesetzt haben, so müssen wir jetzt auch Schritte für ein sozialeres und demokratischeres Europa setzen.

Das heißt erstens, wir müssen umfangreiche Reformen der Finanzmärkte in Europa vornehmen durch Maßnahmen wie striktere und effizientere Überwachung der Finanzmärkte. Wir brauchen eine strengere Kontrolle der Rating-Agenturen. Es steht auch die Frage im Raum, ob wir nicht europäische Rating-Agenturen aufstellen sollten. Wir brauchen eine Verschärfung der Eigenkapitalvorschriften und wir müssen darauf hinwirken, dass die Finanzwirtschaft wieder ihre realwirtschaftliche Funktion voll erfüllt, nämlich zu ihrer Kernkompetenz zurückkehrt und sich nicht in irgendwelchen Spekulationen verliert.

Zweitens – was besonders wichtig ist –: Wir brauchen ein europaweites Konzept für neue Arbeitsplätze und ein neues Wirtschaftswachstum. Wir alle wissen, Arbeit und Wirtschaft sind zwei grundlegend wichtige Faktoren, um stabile Haushalte zu schaffen, denn weniger Arbeitslose bedeuten auch weniger Sozialausgaben für den Staat und mehr Beschäftigte wiederum bedeuten eine stärkere Nachfrage nach Wirtschaftsgütern und somit auch mehr und wachsende Staatseinnahmen.

Hier müssen wir angesichts der in vielen EU-Ländern steigenden Arbeitslosenzahlen handeln. Vor allem, wenn wir uns die unvorstellbar hohen Arbeitslosenzahlen bei den Jugendlichen in der EU anschauen – wir reden hier von bis zu 45 Prozent –, so muss da schnell gehandelt werden. Es gibt bereits Maßnahmen, die in der Strategie „Europa 2020“ angedacht und vorgeschlagen sind. Wir dürfen es nicht riskieren, dass europaweit eine ganze Generation junger Menschen das Vertrauen in die Zukunft verliert.

Und in diesem Zusammenhang frage ich mich: Warum kommen wir nicht zu kreativen Lösungen? Warum denken wir nicht zum Beispiel Maßnahmen an wie die verpflichtende EU-weite Einführung maximaler Toleranzgrenzen bei der Arbeitslosigkeit? – Das wäre doch ein deutliches Bekenntnis, dass nicht die ArbeitnehmerInnen für die Fehler der Finanzmärkte büßen müssen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich glaube also, es ist wichtig und es ist richtig, über Veränderungen in den europäischen Institutionen nachzudenken – darüber besteht kein Zweifel –, aber davor müssen wir uns fragen (*Präsidentin Mag. Prammer gibt das Glockenzeichen*), was diese Institutionen für die Menschen leisten sollen. – Danke. (*Beifall bei der SPÖ.*)

## Rede vom 18.01. zum Außenpolitischen Bericht

**Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ):** Herr Präsident! Herr Außenminister und Vizekanzler! Meine Damen und Herren! Über die österreichische EU-Politik haben wir am Vormittag sehr ausgiebig gesprochen, daher möchte ich nun vor allem auf die außereuropäische Politik zu sprechen kommen. Da können wir, wenn wir uns die bisherigen drei Jahre der Legislaturperiode anschauen, von einer durchaus positiven außenpolitischen Bilanz sprechen.

Es wurde schon angesprochen: Die zweijährige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat kann durchaus als österreichischer Erfolg gewertet werden. Ich nenne hier besonders unseren Einsatz für die Resolution 1894 zum Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten, aber auch 1325 zur Stärkung der Frauen in Krisenregionen. Die Anerkennung, die wir für unsere Arbeit erhalten haben, hat sicherlich dazu beigetragen, dass es uns 2011 auch gelungen ist, in die wichtigen Gremien des UN-Menschenrechtsrates und in den Exekutivrat der UNESCO gewählt zu werden.

Diesen guten Ruf, den sich Österreich ja aufgebaut hat, und zwar in Fragen von Rechtsstaatlichkeit, Schutz der Zivilbevölkerung, Stärkung der Rolle der Frauen und auch der internationalen Abrüstung, gilt es nicht nur zu verteidigen, sondern der muss auch weiter ausgebaut und gestärkt werden. Im Menschenrechtsrat haben wir eine durchaus aktive Rolle. Gerade bei der Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen durch die syrische Regierung müssen wir dafür sorgen, dass der Druck weiter erhöht wird, sowohl auf das Assad-Regime, die Menschenrechtsverletzungen sofort einzustellen, als auch auf den UN-Sicherheitsrat, härter und geschlossener gegenüber der syrischen Regierung aufzutreten und, wie im Fall Libyens, endlich den Internationalen Strafgerichtshof einzuschalten.

Mit Blick auf die UNESCO möchte ich noch einmal ausdrücklich die Entscheidung des Außenministeriums begrüßen, für die Aufnahme Palästinas in die UNESCO gestimmt zu haben. Durch diese Aufnahme hat die Staatengemeinschaft den Palästinensern ein wichtiges Zeichen der Solidarität und Anerkennung gegeben und damit auch die demokratischen Kräfte in Palästina gestärkt. Leider ist es in dieser Frage wiederum in der EU nicht gelungen, einheitliche europäische Positionen zu erarbeiten.

Insgesamt gilt es aber für Österreich, sein Engagement außerhalb Europas zu intensivieren und hier auch das Profil zu schärfen. Das gilt ganz besonders für die Region

um das südliche Mittelmeer, um den Mittleren Osten oder auch in Afrika. Österreichs außenpolitische Interessen enden eben nicht auf dem Balkan oder in der Schwarzmeer-Region, denn – und das möchte ich hier wirklich besonders betonen – eine friedliche und demokratische Entwicklung und, mit dem Blick auf den Iran, auch eine nuklearfreie Entwicklung ist auch für unsere Sicherheit von höchster Bedeutung. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

## **Rede vom 19.01. zum kostenlosen Nachholen von Bildungsabschlüssen**

**Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ):** Herr Präsident! Frau Ministerin! Meine Damen und Herren! Es ist erfreulich, dass wir heute ein Förderprogramm beschließen, das das Nachholen des Pflichtschulabschlusses ermöglicht, um grundlegende Wissenskompetenzen zu erwerben und auszubauen, und das bei so schwierigen Voraussetzungen, wie den unterschiedlichen Kompetenzen zwischen Bund und Ländern, wie Sie, Frau Ministerin, das jetzt angesprochen haben. Dafür möchte ich Ihnen auch danken, für diesen langen Atem, den Sie in dieser Sache gehabt haben.

Künftig können sich Erwachsenenbildungseinrichtungen akkreditieren lassen und Lehrgänge dafür anbieten, deren Kosten dann von Ländern und Bund übernommen werden. Es wird oft tabuisiert oder auch negiert, dass es doch eine ganz beträchtliche Anzahl von Analphabeten gibt. Wie viele es genau sind, wissen wir nicht exakt. Es soll 2013 eine Studie dazu herauskommen und dazu Ergebnisse bringen. Klar ist, dass Menschen jeden Alters betroffen sind, und klar ist auch, dass das sowohl Männer als auch Frauen betrifft.

Es gibt aber einen Bereich, der noch mehr in diesem Graubereich liegt, das ist der sogenannte funktionale Analphabetismus. Dabei können einzelne Sätze oder Worte gelesen oder geschrieben werden, aber zusammenhängende, auch kürzere Texte, seien das private Mitteilungen oder kurze Arbeitsanweisungen, können nicht mehr verstanden werden. In angemessener Form am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, ist auch beim funktionalen Analphabetismus nicht mehr möglich.

Auch junge Menschen sind sehr oft betroffen, auf EU-Ebene spricht man von jedem fünften Jugendlichen, der nicht sinnerfasst lesen oder schreiben kann, daher ist der Vorstoß, den wir heute hier vorhaben, hier im Parlament Maßnahmen zu ergreifen, auch so wichtig. Aber auch für Erwachsene ist rasches Handeln wichtig. So heißt es, dass in Europa fast 80 Millionen Erwachsene nur über geringe beziehungsweise grundlegende Lese- und Schreibkompetenzen verfügen. Das ist ein Drittel des Arbeitskräftepotenzials, das verloren geht, ganz abgesehen von den privaten und persönlichen Problemen.

Daher müssen wir auch europaweit Maßnahmen ergreifen. Es gibt diese Europa 2020-Strategie. Hier sind Ziele festgehalten und ich glaube, Österreich ist hier auf einem sehr guten Weg, ganz im Sinne des Artikels 26 der Menschenrechte, in dem es heißt:

„Jeder hat das Recht auf Bildung. Die Bildung ist unentgeltlich, zum mindesten der Grundschulunterricht und die grundlegende Bildung.“ – Danke schön. (Beifall bei der SPÖ.)

### **Rede vom 19.01. zum Kulturbericht 2010**

**Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ):** Herr Präsident! Frau Ministerin! Meine Damen und Herren! Ein wichtiges Kapitel der Kulturpolitik ist die Frage der kulturellen Teilhabe. Um zu einem besseren Verständnis für Kunst und Kultur zu kommen, benötigt es ein geschultes Wahrnehmungsvermögen, Offenheit, Wissen und Vermittlung und Freude daran, mit der Kunst in einen Dialog zu treten. Wir haben das erkannt und Schritte in diese Richtung gesetzt.

Ein wichtiger Schritt ist das Zusammenwirken von Schule und Kunst unter dem Motto „Kunst macht Schule“. Mithilfe von KünstlerInnen und Kunstpädagogen werden die Annäherung an die Kunst und Kultur und die Auseinandersetzung damit eingeleitet.

Ich habe heute schon in der Bildungsdebatte den Artikel 26 der Menschenrechte erwähnt, nämlich das Recht auf Bildung. Mit dem Projekt „Kunst macht Schule“ erfüllen wir *einen* Teil davon.

Einen zweiten großen Teil erfüllen wir durch die Einführung des freien Eintritts in die Bundesmuseen für alle Kinder und Jugendlichen unter 19 Jahren. Dieses Gesetz ist, wie meine Vorredner und Vorrednerinnen bereits gesagt haben, mit 1. Jänner 2010 in Kraft getreten, und dieser freie Eintritt hat sich als recht großer Erfolg entpuppt. Mehr junge Menschen als je zuvor haben die Museen gestürmt. Begleitend werden hochwertige, qualitativ hochstehende Vermittlungsprogramme angeboten, die auch sehr gut angenommen werden.

Diese Entwicklung, meine Damen und Herren, ist keine Einbahnstraße, denn erstens werden jüngere Kinder von Aufsichtspersonen begleitet und tragen dann ihre Begeisterung wieder zurück in die Familien – das hat dort Auswirkungen –, und zweitens sind sie das Publikum von morgen.

Mit dem freien Eintritt ist auch eine weitere Forderung der Menschenrechte erfüllt worden, nämlich im Artikel 27, der sich auf das kulturelle Leben bezieht, heißt es: „Jeder hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an Kunst zu erfreuen“. – Danke schön. (Beifall bei der SPÖ.)

## Pressemeldungen:

[Nationalrat - Muttonen begrüßt Möglichkeit zum kostenlosen Nachholen von Bildungsabschlüssen](#) (19.01.2012)

[Nationalrat - Muttonen : Österreich hat sich guten Ruf in der internationalen Staatengemeinschaft erarbeitet =](#) (18.01.12012)

[Nationalrat - Muttonen fordert in Europastunde maximale Toleranzgrenze für Arbeitslosigkeit](#) (18.01.12012)

[Muttonen gratuliert Swoboda: Unermüdlicher Vorkämpfer für soziales Europa ist neuer S&D-Fraktionschef](#) (17.01.12012)

[Muttonen begrüßt EU-Strafverfahren gegen Ungarn](#) (17.01.12012)

P  
A  
R  
L  
A  
M  
E  
N  
T  
S  
M  
A  
I  
L

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:

Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN

Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3

1017 Wien